

**Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der Internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999
(Drucksachen 16/5600, 16/5753)
21. Juni 2007**

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 105. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 21. Juni 2007

10769

- (A) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**
Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

Uta Zapf (SPD):

Ich weiß. Jetzt kommt mein letzter Satz.

Eines ist sicher: Wir müssen eine neue, legitime Grundlage für das schaffen, was die internationale Staatengemeinschaft im Kosovo tut. Wir wollen nämlich nicht, dass diese Region im Chaos versinkt, sondern wir wollen zur Stabilität in dieser Region beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun der Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beteiligung der Bundeswehr am KFOR-Einsatz im Kosovo erfolgt auf der Grundlage der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Diese Resolution ist zwar wie das auf ihr beruhende Bundestagsmandat unbefristet, die Bundesregierung hat sich aber gegenüber dem Deutschen Bundestag verpflichtet, jährlich vor den Deutschen Bundestag zu treten, um eine Verlängerung zu erbitten, wenn eine Fraktion dies verlangt.

- (B) Im Bundeskabinett haben wir am 13. Juni den diesbezüglichen Beschluss gefasst. Heute bitten wir das Parlament um Zustimmung zur Fortsetzung des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der NATO-geführten Mission KFOR, weil diese Mission für die Stabilität und die friedliche Entwicklung gerade in der jetzigen Situation im Kosovo notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir befinden uns mitten im Entscheidungsprozess hinsichtlich der **Statusfrage**; das wurde schon angesprochen. Deshalb ist es notwendig, dass wir jetzt keine falschen Signale setzen. Im Rahmen der Verhandlungen haben wir unser Kontingent teilweise durch Reservekräfte verstärkt, damit diese Statusverhandlungen in einer friedlichen und stabilen Situation stattfinden können.

Hier ist vorhin gesagt worden, dass sich im Kosovo nichts getan habe. Dazu muss ich deutlich sagen: Wer so etwas sagt, ist in der letzten Zeit offensichtlich nicht im Kosovo gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Erstens. Es gibt eine durchaus stabile und friedliche Entwicklung. Zweitens. Ich habe selten ein Land gesehen, in dem so viele neue Häuser gebaut werden. Es gibt ferner eine positive Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich. Die Zukunftsperspektive hängt aber davon ab, dass die Statusfrage positiv gelöst wird. Deshalb gilt es,

alle Anstrengungen zu unternehmen, um genau diesen Prozess zu einem guten Ende zu führen. (C)

Wir haben sowohl im Rahmen der Konferenz der europäischen Verteidigungsminister als auch im Rahmen der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister in der letzten Woche einstimmig unterstrichen, dass wir den **Ahtisaari-Vorschlag** für eine gute Grundlage für die Lösung der Statusfrage durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen halten. Herr Ahtisaari, der in der vergangenen Woche die Manfred-Wörner-Medaille erhalten hat, hat uns gegenüber noch einmal versichert, wie wichtig es für den Prozess ist, dass die NATO und die Europäische Union diese Position gemeinsam unterstützen. So tragen sie zu einer friedlichen und guten Lösung der Statusfrage bei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich denke, jetzt sind drei Dinge erforderlich:

Erstens. Wir müssen die Diskussion auf allen Ebenen intensivieren, um eine positive Lösung erreichen zu können. Das beinhaltet auch Gespräche mit Serbien. Die NATO hat Serbien jetzt „Partnership for Peace“ angeboten. Ich denke, wir müssen auch über die europäische Perspektive nachdenken. Wir müssen unseren Beitrag leisten, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Zweitens. Ich denke, es gilt, alles daranzusetzen, dass hier unilaterale Schritte unterlassen werden. Herr Kollege Stinner, ich habe die herzliche Bitte: Wir sollten von unserer Warte aus keine Diskussion über unilaterale Schritte führen. Das würde ein völlig falsches Signal senden. Wir brauchen eine multilaterale, eine gemeinsame Lösung. Denn andere Lösungen würden nur in eine falsche, schlechte Entwicklung im Kosovo führen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Rainer Stinner [FDP]:
Richtig! Da sind wir uns einig!)

Vielleicht gibt es nach dem Gespräch am 1. und 2. Juli dieses Jahres der Präsidenten in Maine noch eine weitere Perspektive. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass die Lösung nicht allzu lange auf sich warten lässt. Denn eine alsbaldige Lösung ist – das ist auch die Beurteilung unseres kommandierenden Generals Kather vor Ort – im Interesse einer friedlichen Entwicklung von Bedeutung.

Drittens. Herr Ahtisaari hat gesagt: Auch wenn wir eine Statuslösung haben, brauchen wir eine Übergangszeit von vier Monaten. Wir brauchen dann auf jeden Fall noch weitere sechs Monate für den Einsatz von KFOR. Ich denke, wir brauchen darüber hinaus auch den Einsatz von KFOR zur Unterstützung der Entwicklung im Kosovo. Das will ich hier deutlich sagen. Denn dann ist die Überführung in die Polizei- und Rechtsstaatsmission der Europäischen Union und die weitere Ausbildung beispielsweise der Sicherheitskräfte im Kosovo vorgesehen, damit der Kosovo nachher in der Lage ist, in eigener Verantwortung für seine Sicherheit und damit für eine friedliche Entwicklung im Land zu sorgen.

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Wir haben jetzt rund 2 200 **Soldaten im Kosovo**. Sie leisten, wie ich finde, einen hervorragenden Einsatz. Wenn Sie mit den Soldaten in Prizren oder Priština in die Stadt gehen, dann merken Sie, wie die Bevölkerung sie positiv aufnimmt, wie sie freudig darauf reagiert, dass unsere Soldaten diesen Beitrag leisten.

Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zur Verlängerung dieses Mandates. Denn es ist im Hinblick auf Stabilität und eine friedliche Entwicklung im Kosovo wichtig. Es ist aber auch wichtig zur Unterstützung unserer Soldatinnen und Soldaten, die im Interesse unserer Sicherheit, aber auch im Interesse einer friedlichen Entwicklung in Europa einen bedeutenden Beitrag leisten.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letzter Redner in dieser Debatte hat Kollege Gerd Höfer, SPD-Fraktion, das Wort.

Gerd Höfer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundesverteidigungsminister hat die Bitte ausgesprochen, der Verlängerung des Mandats im Kosovo zuzustimmen. Dieser Bitte wird die SPD-Fraktion entsprechen.

Er hat eine Randbemerkung gemacht, auf die ich gerne zurückkomme. Er hat gesagt, dass viele über das Kosovo reden, aber nur wenige schon einmal dort gewesen sind. Ich war seit 1999 sehr oft dort, das letzte Mal vor sechs Wochen.

- (B) Zu den **Kosten**. Diese wurden heute in der Berichtserstattung in den Zeitungen etwas übermächtig dargestellt. Es gibt keinen Grund, im Deutschen Bundestag die Kosten der Verlängerung des Mandats um ein Jahr, die auf zwei Haushaltsjahre verteilt sind, nicht zu nennen. Sie sind mit 154 Millionen Euro veranschlagt. Wenn man diese 154 Millionen Euro streichen würde, dann wären im Kosovo keine deutschen und auch keine anderen Soldaten mehr. Wie das Szenario dort dann aussehen würde, haben die Vorredner zum Teil schon beschrieben, obwohl Wahrheit und Realität auf der äußersten linken Seite dieses Hauses nicht wahrgenommen werden.

Wahrheit und Realität sind – man kann sie aus bestimmten Zahlen, die in der Presse immer wieder falsch wiedergegeben werden, ableiten –: Wir haben einmal mit einem Idealmandat von 8 500 **Soldaten** begonnen. Die größte Stärke, die von der Bundesrepublik Deutschland jemals entsendet worden ist, waren 6 440. Ich berichte den Bundesverteidigungsminister ungern, aber nach meinen Daten ist es so, dass zurzeit 2 167 Soldatinnen und Soldaten im Kosovo sind. Das ist eine Differenz von 3 Soldatinnen und Soldaten; das werden wir aber noch auseinanderdividieren können.

Das heißt, schon allein an der Zahl der Soldatinnen und Soldaten kann man einen Fortschritt feststellen. Ich habe vor sechs Wochen mit General Kather gesprochen.

- (C) General Kather soll hier nicht seiner Nationalität beraubt werden. Er ist Deutscher, aber er ist im Auftrag der KFOR, der NATO dort.

Die Soldatinnen und Soldaten, die schon zwei- oder dreimal im Kosovo waren, sagen: Die Art und Weise, wie man dort miteinander umgeht, hat sich eindeutig verändert. Der Stab von General Kather hat klar zum Ausdruck gebracht: Das, was im Jahre 2004 passiert ist und seinen Niederschlag darin gefunden hat, dass sich der Verteidigungsausschuss in einen Untersuchungsausschuss umgewandelt hat, könne und werde sich so nicht wiederholen. Der Ansatz, bestimmte Probleme kriegerisch zu lösen, ist zurzeit auf keiner der beiden Seiten, weder bei den Kosovaren noch bei den Serben, vorhanden. Dass in der „delikatsten Phase“, wie sie der Kollege Erler bezeichnet hat, kleinere Demonstrationen oder Unruhen nicht auszuschließen sind, wissen die im Rahmen von KFOR Verantwortlichen. Sie wissen darauf auch in einer Art und Weise zu reagieren, die den **Grundsätzen des Peacekeeping** sehr nahe kommt.

Ich denke, es ist viel zu kurz gesprungen, die Anwesenheit der Soldatinnen und Soldaten aus den verschiedensten Nationen nur auf haushalterische Gründe zurückzuführen. Dafür gibt es auch andere Gründe. Im Zusammenhang mit dem, was dort geschehen ist, habe ich, als ich in Belgrad und im Kosovo war, eines festgestellt – das hat mich verblüfft –: Die **Serben** sagen, sie brauchten ihr Territorium, und das Kosovo gehöre dazu. Von der Bevölkerung haben sie allerdings überhaupt nicht gesprochen. Ich hatte das Gefühl, sie wollen das Territorium, aber nicht die Bevölkerung. Die Serben haben mir gesagt: Für die Sicherheit sorgt die NATO, und die Flüchtlingsfragen klärt die EU. Wir erwarten, bis zum Jahre 2008 zu Verhandlungen über einen Beitritt zur EU aufgefordert zu werden, und im Jahre 2012 wollen wir mit Sicherheit Mitglied der EU sein.

(D) Die **Kosovaren** haben mir gesagt: Wir sind vorbereitet. Wir haben eine eigene Regierung. Es ist sogar ein britischer Generalmajor im Kosovo, der dort quasi den Verteidigungsminister darstellt. Die Kosovaren denken: Wenn wir frei und selbstständig sind, wird sich schon während des ungefähr 120 Tage dauernden Monitorings alles zum Guten wenden. Dann wird die EU für die Schaffung geeigneter Strukturen und für die Behebung der noch vorhandenen Defizite zahlen. Daran wird deutlich: Beide Seiten sind zurzeit in bestimmten Bereichen äußerst naiv.

Da sowohl die Serben als auch die Kosovaren ein sehr großes Bestreben haben, in die **EU** aufgenommen zu werden, habe ich zu beiden Seiten gesagt: Tut doch so, als wärt ihr bereits Mitglieder der EU. Überlegt euch einmal, was ihr tun müsstet, um die Standards, deren Einhaltung die EU verlangt, zu erreichen. Fangt bitte an, in dieser Reihenfolge zu denken. Ihr wollt im Jahre 2012 Mitglieder der EU werden. Im Jahre 2012 bestünde dann Freizügigkeit zwischen Serbien und dem Kosovo, egal welcher Status vorhanden ist. Darüber hinaus stünde die Rückführung der Flüchtlinge an. Außerdem wäre zu klären, wie Minderheiten zu behandeln sind. All das wäre kein Problem. Ihr müsst allerdings mit diesem Gedanken